

**HTEN-GER'S**  
**isches**  
**ffer**  
 ...  
**ung!**  
 ...  
**Schnaf**  
**ersbach.**  
 ...  
**we jüngere**  
**fchen**  
 ...  
**abrik Nagold,**  
**m. b. H.**  
**gold.**  
**er**  
**unge,**  
 ...  
**at, das Maurer-**  
**erlernen, findet**  
**175**  
**Weimer,**  
**ermstr.**  
 ...  
**ämtlichen**  
**ankheiten**  
**bringt**  
**enoline**  
 ...  
**sten Erfolg.**  
**parat der Chem.**  
**ulla, Freiburg**  
**schlichtung und**  
**Liede.**  
**ederlage:**  
**erie Gebr. Benz**  
**Nagold**  
**ale Ehausen.**  
 ...  
**raft-Ordnung.**  
**Gottesdienst**  
**il (S. So. n. Dr.)**  
**1/10 Uhr Predigt**  
**11 Uhr Kinderstunde**  
**1 Uhr Christenlehre**  
**abends 1/2 Uhr**  
**von Fr. Omeiler**  
**ar für Mädchen und**  
**im Vereinshaus.**  
**ausen: Gottesdienst**  
**Gottesdienste**  
**stiftungsgemeinde.**  
**orm 1/10 U. Predigt**  
**1/11 Uhr Sonntags-**  
**1/8 Uhr Predigt,**  
**9 Uhr Jugendbund,**  
**o. 9/11 Uhr Gesangs-**  
**o. 8 U. Gebetsstunde.**  
**Seantag abd. 8 U.**  
**h. Gottl. Graf.**  
**Gottesdienst.**  
**16. Juli. 8 Uhr**  
**ndel, 9 Uhr Gottes-**  
**nd. Montag,**  
**10 Uhr Gottesdienst in**  
**Freitag, 21. Juli 7 Uhr**  
**in Nagold.**

Er scheint an jedem Wertung, Bestellungen nehmen (sämtliche Postämter und Postboten entgegen.  
 Bezugspreis: in Nagold, durch d. Agenten, durch d. Post einschl. Postgebühren monatlich M 26.- Einzelnummer M 1.-  
 Anzeigen-Gebühr für die einseitige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung M 2.-, bei mehrmaliger Abtast nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konfiskation in der Abtast billiger.

# Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold  
 Nagolder Tagblatt

Begründet 1820. Montag den 17. Juli 1922  
 Herausgeber Nr. 99.

Bereitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.  
 Die Zeit. Beiträge nicht in- und nicht durch den Postboten zu werden. — Die Zeit. Beiträge nicht in- und nicht durch den Postboten zu werden. — Die Zeit. Beiträge nicht in- und nicht durch den Postboten zu werden.  
 Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.  
 Postfachkonto: Stuttgart 5118.

Nr. 164

96. Jahrgang

## Was kann uns helfen?

**Zahlungsausschub, Anleihe, Valutafestigung**  
 Ein Gepräch Ihres Mitarbeiters mit dem Leiter eines Berliner Großbank, der in steuerpolitischen Dingen schon häufig von der Regierung zugezogen wurde, ergibt folgende Betrachtung: Die deutschen Staatssekretäre Schröder und Fischer sollen, wie jetzt bekannt wird, den Mitgliedern der Entschädigungskommission in Paris dargelegt haben, daß Deutschland im Jahr 1922 allen Verpflichtungen genügt hätte, wenn die internationale Anleihe zustande gekommen und der Markt für den Anleiheausgaben sich geöffnet wäre. Die Erklärungen der deutschen Staatssekretäre gründeten sich offenbar auf Anweisungen des Reichsfinanzministers. Dr. Hermes hat seinerzeit selbst in Paris eine Steigerung der deutschen Reichseinnahmen von 115 auf 154 Milliarden Mark jährlich in sichere Aussicht gestellt. Tatsächlich betragen die Einnahmen schon im April 13 Milliarden, im Mai 17 Milliarden. Man konnte für das laufende Rechnungsjahr bereits mit 180 Milliarden rechnen. Dazu käme noch der für Entschädigungszwecke bestimmte Ueberschuß des ordentlichen Reichshaushalts und der Ertrag der Zwangsanleihe. Die schwebende Schuld betrug am 31. März, dem in Paris in Aussicht genommenen Ausgangsdatum, 272 Milliarden. Sie hat sich — nach Ansicht des Reichsfinanzministeriums — seitdem nicht vermehrt, wenn man folgendermaßen rechnet: Im April, Mai und Juni wurden Schatzwechsel im Gesamtbetrag von 23 Milliarden Mark ausgegeben. Davon waren 20½ Milliarden für die Beschaffung von Devisen (Auslandswechsels) notwendig. Sie wären also rechnerisch durch den Ertrag der Anleihe gedeckt. Der Zinsendienst der internationalen Anleihe wäre im ersten Jahr aus dem Anleihebetrag bestritten worden.

Aber diese Art, zu rechnen, ist doch recht ansehbar. Mit demselben Recht kann man sagen: Die schwebende Schuld des Deutschen Reichs betrug Anfang dieses Jahres 251 Milliarden und heute 300! Die Entwertung der Mark hat erst in letzter Zeit wieder erhebliche neue Milliardenausgaben für die Erhöhung der Beamtengehälter notwendig gemacht, und schon sind die großen Beamtenverbände drauf und dran, die Regierung mit neuen Forderungen zu überraschen. Minister Hermes wird vielleicht dabei von den drängenden Beamten — man kann es ihnen bei ihrer Not wirklich nicht übel nehmen — darauf hingewiesen werden, daß ja die Steuereingänge in erfreulichem Fortschritt begriffen seien und daß man die Mehraufwendungen für die Beamtengehälter durch die steuerlichen Mehreinnahmen beinahe gatt decken könne. Das ist richtig. Aber wird dadurch der Reichsdefizitbetrag geringer? Keineswegs! Er muß bei der jetzigen Entwertung des deutschen Gelds umfomehr zunehmen, als seine weiteren Steuervorlagen beabsichtigt sind. Noch in dieser Woche wird der Reichstag die Gesetzentwürfe über die Zwangsanleihe und die Fänge um Einkommen- und Erbschaftsteuerergänzungen verabschieden, und dann ist es aus. Dann muß die Hilfe von außen kommen.

Aber wie? Der Zahlungsausschub ist nur eine ganz kurze Atempause. Der Versailleser Strick, der uns um den Hals liegt, wird nur für einen Augenblick gelockert. Es ist also höchste Zeit, wieder an die internationale Anleihe heranzugehen. Aber wer wird Deutschland, das sich nach außen hin eigentlich schon für bankrott erklärt hat, noch einen Kredit gewähren? Gerade jetzt, wo unsere innerpolitische Lage für das Ausland überhaupt nicht mehr durchsichtig ist? Und wie sollten wir selbst im Fall einer Anleihegewährung die in Goldmark zu zahlenden Zinsen ausbringen? Die Schwierigkeiten dürften durch das bevorstehende Eingreifen des Garantenausschusses eher vergrößert als erleichtert werden. Frankreich verlangt z. B. eine viel härtere Verfolgung der Kapitalflucht, und Dr. Hermes will, wie es heißt, sich demnachst selbst an die Grenze begeben, um die Beobachtung zu verschärfen. Aber solche Mittel halten die Kamme nicht auf. Unabhängig von allen Versprechungen oder Forderungen des Auslands müssen wir zunächst an die Festigung der Valuta gehen, sagen wir: zum heutigen tatsächlichen Kursstand von 1 Prozent, d. h. daß die Mark wenigstens dauernd noch einen Pfennig wert ist. Der Goldschatz der Reichsbank in der Höhe von rund einer Milliarde bietet dann Deckung für 100 Milliarden Papier. Darauf hat sich die Reorganisation des Finanzwesens mit Monopolen und zweimäßigen Steuern aufzubauen. Ohne Valutafestigung, an der das Ausland natürlich mitzuhaben hätte, ist der Zusammenbruch das Ende aller jetzigen Schwankungen.

## Die Menderung der Einkommensteuer

Die letzte Menderung des Einkommensteuertarifs war im Dezember v. J. erfolgt. Damals wurde unter dem Eindruck der eingetretenen Geldentwertung — der Dollar stand auf etwa 180 Mark — der Tarif vollständig umgebaut. Die Grenze der drei Steuerabstufungen vom Gehalt oder Lohn endgültig unterliegenden Einkommen wurde von bisher 24 000 auf 50 000 Mark heraufgesetzt, der Aufbau der folgenden Einkommensstufen weiter auseinandergezogen. Seitdem hat die

Geldentwertung weitere erhebliche Vorschritte gemacht, in ihrem Gefolge selbstverständlich auch die allgemeine Teuerung, und Hand in Hand damit das zahlenmäßige Anwachsen der Einkommen. Da die Steuer stark fortschreitenden Charakter trägt, so müßte das bei gleichbleibendem Tarif dazu führen, daß ein immer größerer Teil der in ihrer Kaufkraft bestenfalls nicht gewachsenen, in zahlreichen Fällen aber zweifellos zurückgegangenen Einkommen von der Einkommensteuer beansprucht würde. Das bleibt bei Beurteilung der gegenwärtig der Beratung des Steuerausschusses des Reichstags unterliegenden Anträge zur Menderung der Einkommensteuer zu beachten, besonders vom Ausland, in dem bei früheren Beratungen Anlässen auf der durchaus unberechtigten Behauptung, daß man in Deutschland die Steuern herabsenken, versucht wurde, Zustimmung gegen uns hervorgerufen. Es hat sich weder früher noch jetzt um eine Ermäßigung der Einkommensteuer gehandelt, sondern um die notwendige Anpassung des Tarifs an den davongelaufenen Geldwert. Die Menderung der Tarifs, wie sie in der ersten Befragung vom Steuerausschub beschlossen wurde, wird durch die nachstehende vergleichende Uebersicht in ihrer Bedeutung klar werden. Vom steuerbaren Einkommen sind zu bezahlen:

bis	50 000 Mark	10 v. H.
die nächsten	10 000	15
"	20 000	20
"	20 000	25
"	100 000	30
"	100 000	35
"	200 000	40
"	500 000	45
"	500 000	50
"	500 000	55
alle weiteren Beträge	60	

  

künftig:	bis	100 000 Mark	10 v. H.
die nächsten	50 000	15	
"	50 000	20	
"	50 000	25	
"	150 000	30	
"	200 000	35	
"	200 000	40	
"	300 000	45	
"	1 000 000	50	
"	1 000 000	55	
alle weiteren Beträge	60		

Wie hoch die Steuer im Einzelfall wird, kann sich an Grund dieser Tabelle jeder leicht errechnen. Die gegen die bisherige Leistung zahlenmäßig eintretende Erleichterung wird infolge Erhöhung der auf Existenzminimum und Werbungskosten entfallenden Abzüge noch etwas beträchtlicher, für die Einkommen bis 100 000 Mark sogar in recht fühlbarer Weise. Da für Mann und Frau der jährliche Abzug sich von je 246 auf je 480 Mark verdoppelt aber nur bei Einkommen von nicht über 100 000 Mark, für jedes Kind von bisher 480 auf 960 Mark, aber nur bei Einkommen von nicht über 200 000 Mark und der für Werbungskosten abzugsfähige Betrag von bis 540 auf 810 Mark erhöht werden soll, so stellt sich die Steuer für eine Familie mit beispielsweise drei Kindern wie folgt:

Einkommen	100 000 Mark
davon Steuer	10 000 Mark
ab 2x480 = 960 Ma	
3x960 = 2880 Mark	
1x810 = 810 Mark	4 650 Mark
Endgültige Steuer	5350 Mark

In dem Beispiel beträgt die Steuer nicht mehr 10, sondern nur noch 6,45 Prozent.

## Korfanty polnischer Ministerpräsident

Der Deutschenheger und frühere deutsche Reichstagsabgeordnete Korfanty ist vom polnischen Sejm (Reichstag) mit 219 gegen 216 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Korfanty hat während des Kriegs und besonders seit der Besetzung eine sehr schlimme Rolle gespielt; er ist der Urheber und Leiter der drei Volkenaufstände gewesen. Auch in Geldangelegenheiten werden ihm böse Sachen nachgesagt. Aber er ist der intimste Vertrauensmann des Generals Le Rond, der in nun Gesandter in Warschau werden soll, und der französischen Regierung. Mit dem derzeitigen polnischen Staatschef Pilsudski steht dagegen Korfanty auf schlechtem Fuß. Pilsudski hat daher dem Sejm mitgeteilt, nach seiner Ansicht beste die Wahl Korfantys mit seinem (Pilsudskis) Ansichten über das polnische Staatswohl

und seine wahren Interessen in Widerspruch; die Zustimmung des Ministerpräsidenten wäre seine Sache als Staatschef gewesen. So sehe er sich veranlaßt, in nächster Zeit sein Amt niederzulegen. — Die Wahl Korfantys ist natürlich ein Wert de Ronds und des französischen Franco. Jede weitere Bemerkung über ihre Bedeutung erübrigt sich demnach vorläufig.

## Annexionsvorbereitungen im Saargebiet

Im Saargebiet befinden sich noch immer rund 7000 Mann französischer Besatzungstruppen unter dem Kommando eines Kommandierenden Generals der Truppen an der Saar, obwohl nach dem Versailler Vertrag im Saargebiet keine französischen Besatzungstruppen gehalten werden dürfen. Trotz wiederholten scharfen Einspruchs der Saargebietsbürger, trotz amtlicher Noten der deutschen Regierung, trotz wiederholter Vermahnung durch den Völkerbund, denken Frankreich und die Saarregierung gar nicht daran, das französische Militär aus dem Saargebiet herauszuziehen. Die französischen Soldaten, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften und die französischen Besatzungsbehörden benehmen sich vielmehr so, als seien sie (schon) die anerkannten Herren des Saargebietes; Ausschreitungen, Uebergriffe, militärische Besuche, blutige Gewalttaten, ja selbst Morde seitens der französischen Militärs sind im Saargebiet ebenso an der Tagesordnung, wie im besetzten Gebiet. Die Ermordung des Kaufmanns Jannwein durch den französischen Unteroffizier Pillard ist nur ein Beweis aus allerjüngster Zeit.

In welcher Weise die französischen Besatzungsbehörden mit Zustimmung der Saarregierung in die Verwaltung der Gemeinden und in die Wohnungsbewirtschaftung eingreifen, beweist die Beschlagnahme des achtzehntägigen Schulhauses in Dudweiler durch die französische Besatzung. Diese Beschlagnahme erfolgte bald nach dem Einzug der französischen Truppen ins Saargebiet. Sie wurde noch nicht wieder aufgehoben, obwohl tatsächlich das beschlagnahmte Schulhaus nur noch mit insgesamt 12 französischen Soldaten besetzt ist, von denen jeder zwei Räume zur Verfügung hat. Die französischen Besatzungsbehörden des Saargebietes gehen nun dazu über, eigene Kasernen im Saargebiet anzulegen. So wird zurzeit auf dem Grubenengelände zwischen Sulzbach und Hühnerfeld seitens der französischen Besatzungsbehörde mit einem dreistöckigen Kasernenbau begonnen, ein Beweis, daß sie mit der dauernden Festsetzung, d. h. mit dem völligen Raub des Landes rechnen.

## Der württ. Staatshaushaltplan für 1922

Wie bereits kurz mitgeteilt, enthält der württ. Staatshaushaltplan für 1922 im Ordentlichen Dienst Anforderungen in Höhe von 2 041 875 535 Mark. Die Deckungsmittel betragen 1 270 084 085 Mark, so daß ein Fehlbetrag von 771 791 450 Mark entsteht. Der Außerordentliche Dienst erfordert an Ausgaben und Einnahmen je 328 Mill. Mark. Die Ausgaben für 1922 sind im Vergleich zum Vorjahr um 1 412 252 182 Mark gestiegen. Der planmäßige Fehlbetrag des Vorjahrs betrug rund 100 Mill. Mark, heuer 771 Mill. Diese ungedeckten Millionen sollen, soweit nicht eine Deckung aus dem wirklichen Anfall an Einnahmen möglich wird, aus dem Betriebs- und Borratskapital der Staatshauptkassen vorgeschossen werden. Dieser Kasse werden 48 Mill. aus dem Restvermögen übermiesen und zu ihrer vorübergehenden Verfürgung dürfen im Rechnungsjahr 1922 Sachanweisungen oder Befehl nach Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von 300 Mill. Mark hinaus, mit längstens einjähriger Laufzeit ausgeben werden. Der Steuerjah bei der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer wird auf 5 Prozent bestimmt. Gleichzeitig werden die Gebühren nach der Gerichts- und Notariatsgebührenordnung bis zur Erledigung einer Menderung dieses Gesetzes mit einem Zuschlag von 100 bzw. 220 und 120 Prozent belegt.

Im Einzelnen erfordert der Staatsbedarf: Für den Landtag 4 275 560 M (2 584 370 M mehr als im Vorjahr), davon entfallen auf erhöhte Entschädigungen für den Präsidenten und die Abgeordneten 13 Millionen, das Staatsministerium 4 225 950 (und 2 491 865) M, den Verwaltungsgerichtshof 406 450 (u. 210 820) M, das Justizministerium 163 130 900 (und 99 478 094) M, das Ministerium des Innern 222 954 082 (und 117 617 144) M, das Arbeits- und Ernährungsministerium 59 765 786 (und 8 200 118) M, das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens 602 693 160 (und 339 229 924) M, das Finanzministerium 135 225 750 (und 94 255 840) M. Für Pensionen, Wartegelder und Unterstützungen werden 116 884 500 (und 60 181 800) M angefordert, für die Staatsschuld 37 331 700 M (weniger 671 255 M), für Abföschung der Staatsschuld 7 603 113 (und 3 760 225) M, zu Besoldungs- und Mehrleistungen aus Anlaß der Menderung des Besoldungs-Gesetzes neu 680 Mill. Mark.

Die Deckungsmittel setzen sich wie folgt zusammen: Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer mit einem Ertrag von 110 Mill. (79,8 Mill. M mehr als im Vorjahr), Bändergewerbesteuer 795 600 (und 737 000) M, Spornin und Gerichtslofen 63 (mehr 50,5) Mill. M, Zuzuschüsse 2,5 (mehr 1,5) Mill. M, Zuschlag zur Reichsgewerbesteuer 2,7 Mill. (mehr 700 000) M, Einnahmen aus Reichskesseln 688,5





(mehr 383,9) Mill. M. Steuerstrafen 180 000 (mehr 100 000) Mark. Aus Aufwänden des Staatsvermögens und sonstigen Einnahmeweigen werden als Deckungsmittel errechnet: Domänen 361 110 (mehr 387 897) M., Forsten 362,7 (mehr 215,8) Mill. M., Berg- und Hüttenwerke 325 000 (mehr 75 000) M., Salinen 1,4 Mill. M. (wie im Vorjahr), Münze 300 000 (mehr 124 900) M., Staatslotterie 798 000 (mehr 362 418) M., verschiedene Einnahmen bei der Staatsverwaltung 56,1 (mehr 1,1) Mill. M. Die Torfverwaltung Schuffenried, Badeanstalt Wildbad und der „Staatsanzeiger“ werfen keine Deckungsmittel ab.

Am Außerordentlichen Dienst für 1922 werden bei der Verwaltung des Innern 318 Mill. zur Förderung des Wohnungsbaus, darunter 301,8 Mill. für unmittelbare Aufwendungen zum Wohnungsbau und 10 Mill. M. für die Finanzverwaltung, für unerwartete Bedürfnisse außerordentlicher Art, zusammen 328 Mill. M. angefordert. Sie sollen gedeckt werden aus der Wohnungsabgabe mit 138 Mill. M., einem außerordentlichen Zuschuß der Staatsforstverwaltung zur Förderung des Wohnungsbaus mit 25 Mill., einer außerordentlichen Zurechnung aus den Zinsen der Abfindungssummen für die ans Reich übertragenen staatlichen Eisenbahnen und die Post mit 10 Mill. und aus Anleihen mit 135 Mill. M.

Die Presseabteilung des Staatsministeriums erfordert einen Mehraufwand von rund 175 000, die würt. Vertretung im Reichsrat, Gesandtschaften und Konsulate einen solchen von 646 000 M., das Staatsarchiv 472 000 M. mehr. — Der Haushaltsplan der Verwaltung des Kirchen- und Schulwesens stellt weitens die höchsten Anforderungen an den Staatsbedarf mit 602 Mill. M. Ausgaben oder 339 Mill. M. mehr als im Vorjahr. Der Mehraufwand beim Ministerium und seinen Kollegien beläuft sich auf 4,3 Mill., der Mehraufwand für die Kirchen auf 85,5 Mill. M., darunter als Ergänzung der Bezüge der evang. und kath. Geistlichen 79 Mill. M. Der Aufwand für das evangelische Bekenntnis (Kirchenleitung, Seminare, Dienstentlohnungen der Geistlichen) beträgt 31,5 Mill. (3,6 Mill. mehr als im Vorjahr), für das katholische Bekenntnis 17,6 Mill. (2,8 Mill. M. mehr als im Vorjahr). Der Aufwand für Zwecke des Volksbildung (Universität, Lehranstalten, Schulen, Wissenschaft, Kunst usw.) beläuft sich auf 440 Mill. M., 249 Mill. M. mehr als im Vorjahr. Die Universität erfordert 23 Mill. (13,6 Mill.), die landwirtschaftlichen Lehranstalten einschl. Hohenheim 4,8 Mill. (+ 3 Mill.), die technischen Lehranstalten (Hochschule, Baugewerkschule, Maschinenbau, Gewerbe-, Handels- und Frauenarbeitschulen) 33,6 Mill. (+ 19 Mill.), die höheren Schulen 75 Mill. (+ 42 Mill.), das Volksschulwesen und die Erziehungshäuser 282 Mill. (+ 136 Mill.), darunter für Lehrerbildungsanstalten 10,4 Mill., Aufwandskosten für die Volksschulen 3,3 Mill., der sonstige Aufwand auf die Volksschulen 263,8 Mill. Das Landestheater beansprucht 12 Mill. (+ 8,9 Mill.).

## Aus dem Reich

### Gegen die Schlemmerstätten

Berlin, 16. Juli. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat endlich den vielen und lauten Klagen über die pilgertartige Vermehrung der Schnapskneipen und Schlemmerstätten Gehör geschenkt und in einem Rundschreiben an die Regierungen der Länder gesagt, es sei in der Presse in letzter Zeit wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Eröffnung von Vergnügungstätten (Kneipen, Bars, Nachtcafés, Spielclubs usw.) in größeren Städten überhand nehme, und daß sie vielfach in Räumen eingerichtet seien, die als Wohnräume oder zur Unterbringung anderer Gewerbebetriebe Verwendung finden könnten. Er halte die Vermehrung dieser Vergnügungstätten mit Rücksicht auf den Mangel an Wohnungen und gewerblichen Räumen für durchaus unerwünscht. Auch der Reichsrat habe bei der Ablehnung des Entwurfs eines Gesetzes gegen Schlemmerie in einer Entschließung Maßnahmen gegen die fortschreitende Umwandlung von Wohn- oder gewerblichen Räumen in Vergnügungstätten gefordert. Die Wohnungsdirektoren sollen auf die bestehenden Mißstände nach-

Säcken wie das Große, indem wir das Große sehen. Traub.

## Aus Geschichte und Sage unserer Heimat Ragold

von Hermann Kiefner.  
(Fortsetzung.)

### VI. Einführung des Christentums.

Wir haben keine, auch nur etwas sichere Kunde davon, daß das Christentum während der Herrschaft der Römer sich im Regenslande ausgebreitet habe. Gewiß trugen gläubige Legionäre oder Händler den Samen des Evangeliums auch in die Wälder des rauhen Germaniens. Aber mit ziemlicher Gewißheit kann auch gesagt werden, daß während des langen Kampfes mit den Alamannen das Christliche wieder völlig unterging. Weder die Sines- noch die Bedensagt der Alamannen waren auch besonders geeignet, sie zur Aufnahme des Christentums geneigt zu machen. Die ersten Verkünder desselben hatten unter ihnen mit den größten Schwierigkeiten und Gefahren zu kämpfen. Am besten fand der christliche Glaube Eingang bei den Alamannen, welche am Rheine des Rheins wohnten, wo in den größeren Städten wie Mainz, Straßburg, Bindsch usw. sich schon frühe Christen-Gemeinden bildeten. Doch erst dann, als die Alamannen der fränkischen Herrschaft unterworfen wurden, vermochte das Christentum festen Fuß zu fassen; aber auch jetzt ging es damit noch sehr langsam, besonders in den inneren Gegenden des Landes, wo noch im 6. Jahrhundert in Hainen und auf Hügel die einheimischen Götterbilder allgemein verehrt wurden; Wotan und sein Heer (das „Maotes-Heer“, das im Wetter durch die Blitze braust), Donner, der Donner- und Himmelsgott, Herta, die Mutter Erde, welche Keimen, wachsen, blühen und reifen läßt, die holde Freya, welche Ehe und Hausstand schüßt.

Chlodwig, der Frankenkönig, soll vor der Entscheidungsschlacht gegen die Alamannen (Jülich bei Colmar (?) oder

drachung hingewiesen und veranlaßt werden, die Genehmigung von Mietverträgen zur Unterbringung derartiger Betriebe regelmäßig dann zu versagen, wenn die Räume für wohnungsuchende Personen oder für andere volkswirtschaftlich wichtigere Gewerbebetriebe Verwendung finden können. In Ausnahmefällen wäre die Genehmigung nur zu erteilen, wenn ein Geldbeitrag zur Herstellung entsprechender neuer Wohn- oder Geschäftsräume gezahlt wird. Ferner hält es der Minister für zweckmäßig, wenn gegen derartige Betriebe, soweit sie ohne Genehmigung der Wohnungsämter Räume innehaben, tatkräftig vorgegangen würde und wenn sie zur Freimachung gezwungen würden. Sollten die bestehenden Anordnungen nicht ausreichen, um ein erfolgreiches Vorgehen zu ermöglichen, so sei er grundsätzlich bereit, zu notwendigen Änderungen der Vorschriften seine Zustimmung zu erteilen.

### Auf dem toten Punkt

Berlin, 16. Juli. Die politische Polizeibehörde gibt bekannt, daß die Verfolgung der Mörder Rosenbaus auf dem toten Punkt angelangt sei. Es scheint, daß die Mörder durch die Einkreisung entkommen seien. Die Untersuchung gegen die Organisation C sei nunmehr vom Landgericht München auf den Oberreichsanwalt übergegangen.

### Verbote

Berlin, 16. Juli. Die „Magdeburger Zeitung“ wurde auf 14 Tage verboten. Die Hamburger Ortsgruppe des Reichsbunds ehemaliger Kadetten ist aufgelöst worden.

München, 16. Juli. Die bayerische Regierung hat zwei sozialistische Blätter auf 14 Tage verboten.

### Der Reichslandbund zur Getreideumlage

Berlin, 16. Juli. Der Reichslandbund veröffentlicht die Erklärung, er habe stets und überall darauf hingewiesen, daß die Durchführung der Getreideumlage unmöglich sei. Er beschränke sich jetzt darauf, festzustellen, daß nach seiner Ueberzeugung die Durchführung der Umlage von schwerwiegenden Folgen begleitet sein werde, für die nicht die Landwirtschaft, sondern allein die Regierung verantwortlich gemacht werden müsse.

### Unter der Ausnahmeverordnung

Frankfurt a. M., 16. Juli. Das Wochenblatt „Wälische Rundschau“ ist auf 6 Monate verboten worden.

Darmstadt, 16. Juli. Die Deutsche Volkspartei hatte über die Ausschreitungen in Darmstadt am 27. Juni, besonders gegen die beiden Abgeordneten, ein Plakat drucken lassen, das durch Vertrauensbruch vor der Verwendung in die Hände der Regierung gelangte. Die Regierung verweigert die Wiederherausgabe. Die Druckerei beantragte die Einleitung eines Strafverfahrens gegen Unbekannt wegen Diebstahls, die Regierung hat nun aber die Niedererschlagung dieses Strafverfahrens beim Landtag beantragt.

### Keine Bezahlung des Rundgebungsstreiks

Berlin, 16. Juli. Die Unternehmerverbände von Groß-Berlin haben die Forderung der Arbeiter, die Zeit der beiden Rundgebungen vom Lohn nicht abzuziehen, abgelehnt. Für Berlin beträgt der Lohnverlust rund 22 Millionen M. Die Arbeitgeber erwiderten auf den Einwand der Betriebsräte, daß Staat und Gemeinden die beiden Streiktage bezahlen: Wenn Staat und Gemeinden für Feiertage Geld übrig haben, so ist das ihre Sache. Die Industrie steht an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit, ihre Haltung wird von wirtschaftlichen, nicht von politischen Gesichtspunkten bestimmt.

### Rücksichtslosigkeit der Befehlungsbehörden

Koblenz, 16. Juli. Die amerikanische Befehlungsbehörde hat zwei Kohlenfuhren mit je 1200 Tonnen, von denen der eine für das Gaswerk Koblenz, der andere mit Schmelzöfen für Süddeutschland bestimmt war, ohne weiteres ge-

fangenahmt. So wird es unmöglich, der Kohlennot in Süddeutschland auch nur einigermaßen abzuhelfen.

### Die Finanzlage Bayerns

München, 16. Juli. Im Haushaltsausschuß des Landtags stellte der Finanzminister mit, daß Bayern zurzeit keine erhebende Schuld habe. Der Staatshaushalt werde zwar einen größeren Fehlbetrag ergeben, von einer Milliarde könne aber keine Rede sein, vorausgesetzt, daß die Zuschüsse des Reichs für die Beamtenbesoldung in der geschätzten ausreichenden Höhe eingehen.

### Rücktritt Lerchenfelds?

München, 16. Juli. In fleißigen parlamentarischen Kreisen wird von der Möglichkeit des Rücktritts des Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld gesprochen, falls der Druck von Berlin nicht aufhören sollte.

### Wieder eine Spionenbande gefaßt

München, 16. Juli. Das biesige Volksgericht hat den 19jährigen „Fingerabdruckhändigen“ Postler aus Patis (Belgien) wegen Spionage und Landesverrat zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Postler war von einem feindlichen Spionagering in Aachen beauftragt, Material über Geheimverbände in Deutschland zu sammeln und die vaterländische Vereinigungen zu übermachen. Zwei weitere Angeklagte erhielten je 4 Jahre Zuchthaus, einer 3 Jahre Zuchthaus. In Aachen ist eine förmliche Spionenschule eingerichtet.

### „Waffenlager“

München, 16. Juli. Vor einigen Monaten wurden auf Grund eines böswilligen Verrats beim Münchener Jostall 9000 Jagdgewehre beschlagnahmt. Diese 9000 Jagdgewehre müssen nunmehr auf Befehl der Entenkommission in München vernichtet werden.

## Vom Ausland

### Der englische Zinsdienst an Amerika

London, 16. Juli. Für die erste Zinszahlung von den britischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten, die sich auf etwas über 4 Milliarden Dollar belaufen, sind für 1922 25 Millionen Pfund Sterling vorgesehen.

### Der Ruin Logolands

London, 16. Juli. Nach einem Bericht des britischen Kolonialamts zu schließen, wird die einst so blühende deutsche Kolonie Logoland durch ihre Zerstückelung in ein englisches und französisches „Mandat“, zu Deutsch, ihre Verteilung zwischen diese beiden Mächte, völlig ruiniert. Der Bericht zollt der deutschen Kolonialverwaltung volle Anerkennung. Sie strebte danach, so wird gesagt, die Kolonie dadurch so blühend wie möglich zu machen, daß sie ihre natürlichen Hilfsquellen nach Kräften entwickelte, und sie tat das mit Erfolg. Sie verstand es weiter, den Bewohnern Achtung für die deutsche Verwaltung einzufößen und ihr ganzes Verkehrssystem war den Landesbedürfnissen bewundernswert angepaßt. Die Teilung, welche die Eisenbahn ganz im französischen Teil läßt, hat dieses System völlig in Unordnung gebracht. Die Aus- und Einfuhr hat tatsächlich aufgehört, und die meisten Geschäftshäuser sind heute geschlossen.

### Um die heiligen Stätten in Palästina

Rom, 16. Juli. Der Vatikan machte der englischen Regierung gegenüber geltend, daß dem neuen, unter britischem Schutz errichteten jüdisch-christlichen Staat in Palästina kein Vorkaufsrecht vor anderen Nationalitäten und Religionen eingeräumt werden dürfe, die die freie Ausübung ihres Rechts auf Mißbeh der heiligen Stätten beanspruchen dürfen, wie es notwendig sei zur freien Ausübung ihrer Religion. Während die türkischen Sultanen bereitwillig das Vestrecht der Christen auf die heiligen Stätten anerkannten, solle das Recht nun verweigert werden. Der päpstliche Stuhl verlangte ernste Bürgschaften für die wirkliche Sicherung der christlichen Rechte in Palästina.

herab bis an die Sizilianische Meerenge; mit gleichem Glanz plünderte sein Bruder die Adriatischen Ufer. Von Rhegium und Brundisium wandten sie sich, von Deute schwer, heim nach ihrem Lande. Aber Narces erwartete Dutilin in den Besiden Campanens. Die Alamannen wurden gänzlich geschlagen; aber keiner erlebte weder den Schimpf der Knechtschaft, noch der Finst: Dutilin und seine 30 000 Karben, wo sie kritien. Es fehlte zu unsterblichem Ruhme nur eine bessere Sache. Glücklich zog Veitharis (Rauhthar) zurück Italien hinauf, bis an dem Fuß der Trentinischen Alpen ihn sein Schicksal erreichte; er starb mit allem seinem Volk an mancherlei Krankheiten. Das ist nie das Traurigste, wenn am Tag einer Schlacht das allen vorstehende Schicksal vielen auf einmal begegnet, wohl aber, wenn das Leben unnütz hingegessen wird. Die Bitte der alamannischen Jugend war dahin. Nur 5 Jünglinge sollen nach der Sage zurück gekommen sein. Das wirkte auf das Volksgemüt wie ein Gottesgericht, wie ein sichtbarer Sieg des Christengottes. Das Christentum machte nun rasche Fortschritte. Schon ums Jahr 560 ward das Bistum Konstanz gegründet, zu dem ein guter Teil des heutigen Württemberg gehörte und dessen Sprengel sich bis Ludwigsburg und ins Gau erstreckte. Der Rest des schwäbischen Landes gehörte zum Bistum Augsburg (582 gegr.). Später (741) stiftete Bonifacius, der Apostel der Deutschen, das fränkische Bistum Würzburg. Alle diese Bistümer wurden nachher dem erzbischöflichen Stuhle zu Mainz untergeordnet und ihre Sprengel umfaßten einen beträchtlichen Teil des ehemaligen Alamanniens. Trotz alledem war das fränkisch-fränkische Christentum vielfach ein Namenschristentum mit ganz oberflächlichem Gottesdienste. Rohheit und Grausamkeit herrschten bis hinauf zum Hof des Königs. Vorbildliche Beispiele christlicher Lebensführung fehlten. Die rauhen Barbarenherzen waren dem sanftmütigen Geist Jesu noch vollkommen fremd. Man wollte es auch mit den alten Götterbildern nicht verderben und läßt sie so Alt und Neues zusammen im Gottesdienst. (Fortsetzung folgt.)

Hrauns Lederfarbe alle unansehnlichen Ledersachen wieder wie neu. In allen einschlägigen Geschäften zu haben. 4226



# Aus Stadt und Bezirk.

Magd., den 17. Juli 1922.

Der Radfahrerverein Magd. erhielt bei dem gestrigen I. Haupteis das Raubhaus in Unterjettigen den I. Preis in Klasse A im Korsofahren. Wir gratulieren!

Eine Erhöhung der Gütertarife ist, wie das Reichsverkehrsministerium auf Anfrage mitteilte, auf 1. August d. J. bis jetzt nicht in Aussicht genommen.

Jahreserhöhung auf den Kraftwagenzöllen. Infolge der Verteuerung der Betriebsführung werden die Gebühren für die Verkehrsleistungen im Kraftverkehr vom 1. Juli ab bis auf weiteres für eine Person und für einen Tarifskilometer von 1.20 M. auf 1.50 M. erhöht.

ep. Die Kirchensteuer abziehbar. Im Steueranspruch des Reichstags wurde fordern dem Reichseinkommensteuergesetz die Bestimmung eingefügt, daß „Steuern an die in Art. 137 der Reichsverfassung genannten Körperschaften“, d. h. die Kirchensteuern vom Gesamtbetrag der Einkünfte in Abzug zu bringen sind. Und zwar ist, da für das laufende Jahr die Kirchensteuer noch nicht feststeht, der im Vorjahr gezahlte Betrag abzuziehen.

ep. Zu dem Gesetzentwurf über die Feiertage. Dieser Tage ist — wie bereits mitgeteilt wurde — der Entwurf eines Gesetzes dem Reichsrat zugegangen, durch das die gesetzlichen Feiertage für das Reichsgebiet festgelegt werden sollen. Dabei sind Feiertage gar nicht berücksichtigt, die jedenfalls in Württemberg seit alters eingebürgert sind und lebhaft als Feiertage empfunden werden: Advents- und Neujahr, Erntedankfest, Himmelfahrt. Außerdem soll der Karfreitag, der gerade in Württemberg als erster Feiertag erster Ordnung gefeiert wird, nur für Norddeutschland als gesetzlicher Feiertag gelten. Hier werden noch einige Verbesserungen nötig sein. Da erscheint der Vorschlag der demokratischen Reichstagsfraktion praktischer; der gesetzliche Schutz des Art. 139 der Reichsverfassung solle allen Feiertagen zuteil werden, die z. B. des Erlasses der Reichsverfassung als staatlich anerkannte Feiertage zu gelten hatten, und außerdem solle der 11. August zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes erklärt werden. Auch die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Partei haben ähnliche Regelungen beantragt.

Wienberg. Gemeinderatsitzung vom 12. Juli. Am Ort und Stelle über wichtige politische Fragen zu orientieren, soll demnächst eine Waldschneidung stattfinden. Der Bauantrag für das neue Siedlungsgebiet im Gewand Reute ist vom Stadtbauamt fertiggestellt und kommt zur Vorlage; solcher wird zur Überprüfung an die Veranwortung der Stadtverwaltung in Stuttgart eingeleitet. Zwischen sollen die Vorarbeiten soweit gefördert werden, daß im Frühjahr mit dem Siedlungsbau begonnen werden kann. Um der großen Wohnungsnot zu begegnen, beschließt der Gemeinderat den sofortigen Bau dreier Einfamilienhäuser auf dem eigenen Gelände der Stadtgemeinde an der Waldschneidungstraße bei dem früheren Bruderhaus. Diese Neubauten sollen im Herbst umschließt bis zum Winter fertiggestellt werden. — Architekt Reiber Freudenstadt, welcher mit dem Bau zweier Wohnhäuser an der Altensteig Dorfer Straße beauftragt ist, richtet sich auf Anträgen aus dem Kollektivum wegen der großen Verzögerung in der Fertigstellung dieser Bauten; es ist zu erwarten, daß solche in Kürze zum Verkauf bzw. zur Vermietung kommen können. — Die Erneuerung des Verputzes und Desinfektionsarbeiten am Rathaus, dem mittleren und unteren Schulhaus ist dringender nötig geworden. Stadtbauamtsleiter Henzler legt die Kostenvoranschläge hierüber vor und zwar für das Rathaus mit 30000 M., für das mittlere Schulhaus mit 47000 M., für das untere Schulhaus unter gleichzeitiger Anbringung von Fensterläden auf 115000 M. Es sei bemerkt, daß letzteres Gebäude im Jahr 1868/69 mit einem Gesamtaufwand von 30000 M. — 51000 M. von der Stadtgemeinde erbaut wurde. Der Gemeinderat beschließt die Ausführung vorstehender Erneuerungsarbeiten. — Der Neuregelung der Verdrängungskosten wird nach den Anträgen des Vorsitzenden mit Wirkung vom 1. Juli d. J. zugestimmt. — Zu den Kosten der Herausgabe eines Heimatbuchs für den Bezirk Magd. stellt der Gemeinderat einen entsprechenden Beitrag in Aussicht.

Brief aus Heiterbach. Sitzung des Gemeinderats vom 13. Juli 1922. Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde die Mittel für das am Sonntag den 23. ds. Mt. abzuhaltende Kinderfest bewilligt, jedes Kind erhält eine Dose, außerdem wird der Schule auf den Kopf der Schüler bis zu 10 M. zur Anschaffung von Geschenken (Perle bei den Spielen) zur Verfügung gestellt. Für die Monate August bis Okt. ds. Jrs. soll mit Rücksicht auf die großen Weite, die heute drängen stehen, ein zweiter Feldhüter bestellt werden. Durch die Erledigung des hiesigen Distriktsamts wird die Bestellung eines Vertrauensmanns für die Amtshausgeschäfte notwendig. Der Gemeinderat schlägt sein Mitglied Behrer hierzu vor, welcher sich zur Annahme dieses Amtes bereit erklärt hat. Dem Hauptlehrer Weinig hier, welcher als einziger ständiger Lehrer keinen Garten bei seiner Wohnung besitzt, wird ein kleines Stück Land von der Wiese im unteren Teile überlassen. Die kirchliche Besoldungskasse Stuttgart verlangt für das in Geld zu vergütende Pfarrbesoldungsholz den Betrag von 14350 M. u. zw. für das Jahr 1922. Der Gemeinderat ist zu dieser Leistung nicht bereit und kann nur den Betrag anerkennen, der sich aus dem Erlös des Holzes abzüglich des Hauerlohns für die Stadtkasse ergibt, die errechnete Entschädigung wäre dann für heuer 6464 M. 50 J. Für die Aus-

führung des Heimatbuchs des Bezirks Magd. wird seitens der Stadtgemeinde ein Beitrag von 1600 M. bewilligt. Die Angreifer des sog. mittleren Wegs im Tal, der jedoch Privateigentum ist, haben beim Gemeinderat um die Instandsetzung dieses Wegs auf Rechnung der Stadt oder aber um Ueberlassung des Wegs in das städt. Eigentum nachgesucht. Von letzterem Anerbieten will der Gemeinderat keinen Gebrauch machen, da die Vermessungs- und Vermarkungskosten zu hoch erachtlich sein würden. Ohne irgend eine Rechtsverbindlichkeit zu übernehmen, beschließt der Gemeinderat für den Fall der Instandsetzung des Wegs auf Kosten der Stadtkasse. Zum Schluß wird der Strichschlägerlohn auf 35 M. pro Cdm. festgelegt.

Der Vertrag von Versailles, der erste und letzte Grund zu allem Leiden, muß aus der Welt geschafft werden. Es geht nicht an, daß des „Lagers“ Clemenceau ungeheurer Wunsch, es seien 20 Millionen Deutsche zu viel auf der Welt, Wahrheit werde. Selbst den deutschen Mittelstand reiten, deutsche Brüder und Schwertknecht! Ruft unsere Not laut in alle Welt hinaus und schämt Euch ihrer nicht! — Sonst sätet die Fremden auf Eure Friedhöfe — dort werden die Steine reden, wenn die Menschen schweigen...

M. Rooge.

## Württemberg.

Unterjettigen, 17. Juli. Für unsere Abgeordneten sind von Oberjettigen 5700 M. eingelaufen, ersammelt durch Mitglieder des Gemeinderats. In Rebingen brachten die Mädchen des Jungfrauenvereins 2400 M. zusammen. Auch sonst sind von vielen Orten Gaben eingegangen. Allen freundlichen Spendern sei herzlich Dank gesagt.

### Streitfall im Steueranspruch

Stuttgart, 15. Juli. Es wird uns geschrieben: Dem Steueranspruch ging am 14. Juli der Entwurf einer dritten Änderung zum Einkommensteuergesetz, der die einschneidende Bestimmungen über den Anreiz des Staates und der Gemeinden an der Einkommensteuer, über den Zuschlag zur Grundsteuer und über Abstriche bei der Gewerbesteuer, sowie über eine neue Wertzuwachssteuer für die Gemeinden enthält. Einige Mitglieder des Steueranspruches kamen überhaupt erst in den Besitz des Gesetzentwurfs unmittelbar vor der Sitzung am 14. Juli.

Bei Beginn der Sitzung legte Abg. Ströbel gegen diese Geschäftsbehandlung Verwahrung ein und verlangte, daß der vorgelegte Entwurf erst am Dienstag, den 18. Juli, behandelt werden solle, um den Mitgliedern wenigstens Gelegenheit zu geben, das Gesetz durchzuarbeiten. Nach längeren Verhandlungen einigte man sich dahin, daß der Artikel 1, der die Steueranteile zwischen Staat und Gemeinden regelt, beraten werden solle, da eine Einigung zwischen der Regierung und den Vertretern des Städtetags und Gemeindetags hierüber erzielt ist. Die nächste Sitzung wurde trotz des Einspruchs der Ausschussmitglieder der Bürgerpartei und des Bauernbundes auf den 15. Juli angesetzt. Diese blieben dabei, da sie eine beratige Durchprüfung wichtiger Gesetzesvorlagen nicht verantworten wollen, der Sitzung fern und werden in der zweiten Lesung und in der Vollziehung des Landtags zu dem Gesetz Stellung nehmen.

Die Abgeordneten haben in Schreiben an den Vorsitzenden des Ausschusses und an den Landtagspräsidenten Einspruch erhoben.

Stuttgart, 16. Juli. Für die Anstalten der Innere Mission. In Württemberg sind bereits namhafte Spenden gegeben worden, so eine Gabe von 50000 M. eine von 25000 M., eine von 10000 M. und mehrere Gaben von 1 bis 3000 M. Die diesjährige Kollektion sollte im ganzen mindestens den dreifachen Betrag des Ergebnisses von 1920 erreichen, um die Schuldenlast der Anstalten zu tilgen und ihnen durch das laufende Jahr hindurchzuhelfen.

Das Amerikafest am 4. Juli im Stadtpark in Stuttgart erbrachte trotz der geradezu ungeheuerlichen Vergünstigungsteuer von 43488 M. für die württ. Mittelstandshilfe noch einen Reinertrag von 74800 M.

Stuttgart, 16. Juli. Hinrichtung. Von zuständiger Seite mitgeteilt: Gestern früh wurde im Hof des Amtsgerichtsgefängnisses in Ravensburg der Mörder Gottlieb Reusch durch den Landescharakter hingerichtet. Reusch stand gefast und reumütig. Schon seit Wochen hatte er geistlichen Zuspruch verlangt und sich erhalten.

Die Stuttgarter Straßenbahnen haben heute, ohne die Öffentlichkeit davon zu benachrichtigen, über Nacht die Fahrpreise wieder erhöht und zwar kostet die kleinste Strecke jetzt 3.50 Mark.

## Handelsnachrichten

Die Badische Tabak- und Verwertungs-Ges. Korb hat mit dem Verkauf ihrer großen Vorräte an Tabak begonnen. Große Posten wurden dieser Tage zum Preis von 3000 M. für den Zentner abgesetzt. Der Zusammenschluß der Tabakbauern zur gemeinsamen Verwertung ihrer Ware hat sich glänzend bewährt.

Südwestlicher Produktmarkt. Die grotesken Formen, die die Kursentwicklung der ausländischen Zahlungsmittel in der letzten Zeit angenommen hat, übertragen mehr oder weniger auch, wie auf sämtliche absehbare Märkte, auf den Produktmarkt. Auf

diesem Marktgebiet mußte die Entwicklung um so härter verlaufen, als man bereits vorher bei der Gleichheit mit den Weltmarktpreisen angelangt war. So stieg der Preis für die 100 Kg. Weizenmehl in der Berichtswche von 2325 auf 2710 M. um dann auf 2300 M. zurückzugehen, Roggen von 1875 auf 2100 M. bis 2125 M., dann wieder 1800 M., Braugerste 2500 M., dann wieder 2300 M., Hafer von 1910 auf 2150 M., jetzt wieder 2000 M. bis 2050 M. und amerik. Mais von 1700 M. auf 2050 M. am 20. Wochenschluß mit 1700 M. angeboten zu bleiben. Die Preislenkung nach der Erhöhung nicht mitgemacht hat bisher Raubstiefel. Es blieb weiter im Anleihen. Weizen kostete ausgangs Juni noch unter 1000 M., stieg bis 6. Juli auf 1000 M. bis 1150 M., bis 19. Juli auf 1100—1200 M., bis 13. Juli auf 1350 M. bis 1400 M., Dreihöcker von 300—400 M. auf 400—450 M., dann 500—550 M. Die gleiche Festigkeit bekundeten auch andere Futtermittel, so Weizen, die seit Monatsanfang von 950 auf 1200 M. bis 1250 M. die 100 Kg. bahafrei Mannheim liegen. Gallenfrüchte blieben ohne Geschäft, da kein Angebot darin bestand, abgesehen von weißen jugoslawischen Bohnen, die mit 2200 M. die 100 Kilo nicht genommen wurden.

Schweinemarkt Munderkingen, 15. Juli. Dem Markt waren zugeführt: 16 Mutter-, 7 Käuer- und 237 Milchschweine. Erloß war für Mutter- und Käuerschweine 17—20000 M., für Käuerschweine 5—6000 M., für Milchschweine 3—4000 M.

Schweinemarkt Rünzelsau, 15. Juli. Zufuhr: 310 Milch- und 3 Käuerschweine. Verkauft wurden 220 Milchschweine zum Vorpreis von 4—7000 M., 3 Käuerschweine zu 16000 M. Der Handel war langsam.

## Letzte Drahtnachrichten.

### Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.

Zu der geplanten bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft im Reichstag bemerkt die „Germania“ u. a., die Entwicklung könne dazu führen, daß der Plan eine greifbarere Gestalt annimmt. Es wäre aber falsch, nun gleich von einem bürgerlichen Block zu sprechen, der in unvorstellbaren Gegensatz zu dem sozialistischen Block geraten könnte. Immerhin schreie die Stunde günstig, jetzt endlich die breite Basis zu schaffen, auf der eine gemeinsame Arbeit aller wahren Verfassungs- und Staatsfreunde möglich sei.

### 20 neue Eisenbahnwagen verbrannt.

Berlin. In der Nacht zum Sonntag brach in Spandau ein riesiges Feuer aus, das einen Millionen Schaden anrichtete. Die Waggonbauanstalt der Firma Oranienstein & Koppel ist völlig niedergebrannt. Etwa 20 neue Eisenbahnwagen sind eingekollert worden. Die übrigen Gebäude des Fabrikgeländes konnten gerettet werden. Ueber die Entstehungsurache ist noch nichts bekannt.

### Einzelheiten über die Vorbereitungen zum Rathenau-Mord.

Berlin, 17. Juli. Die Morgenblätter veröffentlichten Einzelheiten über die Vorbereitungen zum Rathenau-Mord. Der Schüler Hans Stubenrauch sprach zuerst von dem Plan, Rathenau im Reichstag zu erschießen, von dem er aber auf Einwendungen Günthers wieder abkam. Am 16. Juni fand in der Wohnung des Lechow zwischen Günther, Hans Lechow, Fischer und Kern eine Unterredung über den Mordplan statt, die am 20. Juni im Steglitzer Ratkeller fortgesetzt wurde. Am Tage darauf luden die Benannten im Kraftwagen Rathenau nach Nikolasee und veranstalteten auf der Rückfahrt im Grunewald eine Schießübung mit einer Pistole. Es gelang ihnen, Werner Lechow für die Führung des Autos zu gewinnen.

### Letzte Kurzmeldungen.

Die Presse berichtet über eine Rede des Generals Berger, des bisherigen Oberkommissars von Marokko, zu seiner Rechtsfertigung, sie habe in keiner Weise beständig, und die Stelle des Kriegsministers werde als unhaltbar angesehen. General Bourgette wurde zum Oberkommissar von Marokko ernannt.

Der leitende Ausschuss der amerikanischen Vergarbeitsbewegung, der sich gestern auf Veranlassung seines Führers Lewis ver sammelte, hat einstimmig beschlossen, die Schiedsvorschläge des Präsidenten Harding abzulehnen.

Voltaire ist gestern Abend nach Belfort abgereist, um an den Feierlichkeiten von Donchery, Montbeliard und Belfort teilzunehmen.

Der Reichstag erledigte in seiner Samstagsitzung zuerst kleine Vorlagen und trat dann in die zweite Lesung des Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik ein. Das Gesetz wurde angenommen. Dann wurden noch Steuerentwürfe erledigt.

In Wien fanden 22 große Massenversammlungen der Sozialdemokraten statt; die Redner erklärten den Anschluss an Deutschland als die einzige Rettung für Deutschland.

Der Landesauschuss der Deutschen Volkspartei in Württemberg hielt am Samstag eine außerordentlich zahlreiche besuchte Tagung in Stuttgart, um zu den politischen Vorgängen der letzten Zeit Stellung zu nehmen.

Der Reichskanzler hatte am Samstag nachmittags eine Besprechung mit den Führern der drei Koalitionsparteien, Reichspräsident Ebert hatte mit dem Reichskanzler und dem Vizekanzler Bauer eine längere Unterredung.

In London beabsichtigt man, Ende Juli nach London eine neue Konferenz der Verbündeten einzuladen, nachdem die Komödie im Haag beendet ist.

Nach dem „Evening Standard“ wird die britische Regierung auf dieser Konferenz den Verbündeten die Erlassung der ganzen oder des größeren Teils ihrer Kriegsschulden bei England anbieten, falls sie einer solchen Herabsetzung der deutschen Kriegskontributionen zustimmen, daß eine internationale Anleihe für Deutschland möglich wird.

Der Londoner „Daily Express“ bringt die (mit Vorsicht aufzunehmende) Meldung, De Valera sei „gestochen“.

**Millionen Hausfrauen können sich über Gips & Wappstein im Wettbewerb nicht überbieten!**

**Flourishing in the future!**

**KRAEMER & FLAMMER, HEILBRONN.**





**Amliche Bekanntmachung.**

Gartenschule in Hohenheim.

Auf den 1. Oktober werden in die Gartenschule in Hohenheim 20 Schüler zur Unterweisung im Gartenbau auf 1 Jahr aufgenommen. Die Bedingungen hierfür können auf den Rathhäusern erfragt werden.

Die Meldungen sind spätestens bis 15. August d. J. an die Direktion der Landwirtschaftlichen Anstalt in Hohenheim zu richten.

Nagold, den 14. Juli 1922. Oberamt: J. B. Oberfeldr.: B. d.

**Effringen.**



**Langholz-Verkauf.**

Die hiesige Gemeinde bringt nächsten Dienstag nachmittag 2 Uhr auf dem Rathaus

47,6 Festmeter Langholz in 3 Losen

zur öffentl. Versteigerung.

Gemeinderat.

In Anbetracht der riesigen Portokosten empfehlen wir

Rechnungen in Postkartengröße

(Portoersparn. 150 Pfg.) mit Firmendruck in unserer Druckerei anfertigen zu lassen.

Muster bitten wir zu verlangen.

Buchdruckerei G. W. ZAISER, Nagold.

**Nagold.**

Verkaufe am Mittwoch vormittag einen schönen Transport starke

**Läufer-Schweine**



im Gasthaus zur „Mühlerei“.

Gustav Stichel, Schweinehändler.

Deschelbronn Bahnstation Nebringen.

Siehe ein zweifelhafte

**Stutenfohlen**



leicht angefahren, schöne Haut, Württemberger Schlag, dem Verkauf aus

Friedrich Eitelbaß.

**Visiten-, Verlobungs- und Hochzeitskarten**

Liefert rasch und in schöner Ausführung

G. W. ZAISER  
Buchdruckerei  
NAGOLD

Als VERLOBTE grüßen:

**Julie Rapp  
Hans Martini**

Unterschwandorf      Oberschwandorf

**Ostertag-Kassen-Schränke**

kurzfristig lieferbar  
Alleinvertretung für die Oberämter Nagold u. Calw:  
**Georg Köbele, Nagold. Tel. 126.**

**Geschäftseröffnung u. Empfehlung.**

Den Herren Schreinermeistern sowie allen sonstigen Interessenten teile ich mit, daß ich in meinem Hause, Wolfbergstr. Nr. 13, eine

**Holzdreherei**

errichtet habe und empfehle ich mich bei rascher und pünktlicher Ausführung der mir erteilten Aufträge.

Hochachtung

**Albert Broß, Nagold,**  
mechanische Holzdreherei

Für  
**Radfahrer-, Sänger- u. Turnerfeste**  
passende

**Dekorations-Schilder**

empfiehlt

Buchhandlung Zaiser, Nagold.

**ALLES** was Sie  
zur **VIHPFLEGE**  
Landwirtschaft  
gebrauchen, kaufen Sie gut  
u. billig bei:  
Löwendrogerie  
Nagold und Ihmsen.

**Das Einmachen der Früchte**

Eine Sammlung über 260 erprobter Hausrezepte zu A 8.— vorrätig bei  
Buchhandlg. Zaiser  
Nagold.

**Der große Wand-Fahrplan**

mit den Abfahrtszeiten ist neu erschienen bei  
G. W. Zaiser, Nagold.

Verkaufe Dienstag, den 18. Juli, mittags 1 Uhr eine schöne 38 Wochen trüchtige



**Ralbin.**

Hausfer :: Monhardt.

**Reine WEINE**  
für Kinder!  
für Kranke!  
in 1/2 u. 1/4 Flaschen  
Löwendrogerie  
Nagold und Ihmsen.

**Steckenpferd-Seife**  
die beste Linsenmischseife  
L. zarte, weisse Haut und blend. schloßen Teint. Ferner macht „Dada-Cream“ roze und spöde Haut weis u. sämmtlich. Überall zu haben  
Apoth. Th. Schmid  
Löwen-Drog. Gebr. Benz  
Louis Hökle, Friseur. 1398

Hesslhauer bei G. W. Zaiser.

196 Nagold, 16. Juli 1922.



**Codes-Anzeige.**

Freunden, Verwandten u. Bekannten die schmerzliche Mitteilung vom Hinscheiden unserer innigst geliebten Gattin, Mutter, Schwieger- und Großmutter

**Fran Christiane Hafner**  
geb. Bentler.

Sie starb nach kurzer Krankheit im Alter von 68 Jahren.

Die tieftrauernden Hinterlassenen.

Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 1 Uhr statt.

**Verloren**

ging Calwerstraße, Burgstr. bis zur Kirche eine Brosche.

Auf der Rückseite Photographie mit Namen. Da teures Andenken an Verstorbenen, wird um Rückgabe geg. hohe Belohnung an die Geschäftsstelle d. Bl. gebeten. 193

**Zugelaufen**



ist mit ein Hund, Halb- und, grau u. schwarz. Derselbe kann gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld innerhalb dieser Woche abgeholt werden.

Hermann Theurer  
197 Mötzingen.

**Bug- und Auslauf-Frau**

wird angenommen.  
Metallwarenfabrik Nagold,  
G. m. b. H.

**Mötzingen.**

Ein 1/2-jähriges



**Rindie**

setzt dem Verkauf aus  
Karl Morlok.

**Vobachs Frauen- und Moden-Zeitung**

25. Jahrgang der „Sonntags-Zeitung für Deutsche Haus-“  
Probenummern kostenlos.  
Bestellungen nimmt jederzeit entgegen  
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.



**Damen- und Mädchen-Bekleidung.**

Mäntel, Kostüme, Tailleurkleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

**C. Berner, Forzheim,** Ecke Metzger u. Blumenstr.

